

Es ist genug für alle da!

Unter diesem Motto laden wir Sie/Euch ein zu einer Debatte und zu Aktionen gegen Sparmaßnahmen im sozialen und kulturellen Bereich in Erlangen und Umgebung.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Politiker, Zeitungskommentatoren und Vertreter der Wirtschaft auf die Notwendigkeit zu Einsparungen, schmerzlichen Einschnitten und Abbau von Sozialleistungen hinweisen.

Die Betroffenen reagieren unterschiedlich, zum Teil mit hergebrachten Schritten (Protestschriften, Intervention bei den zuständigen Politikern und Behörden), zum Teil mit öffentlichen Protesten (z.B. Universitätsangehörige in Kundgebungen), zum Teil aber wehren sich die Betroffenen gar nicht oder können dies nicht angemessen tun (wie pflegebedürftige Menschen, Kindergartenkinder).

Wir schlagen Ihnen/Euch vor, anhand der folgenden Diskussionspapiere den Zusammenhang zwischen Sparmaßnahmen in verschiedenen Bereichen zu überdenken, in Ihren/Euren Organisationen, Verbänden, Gruppen zu bereden und an einer

*******Sitzung eines zu gründenden „Erlanger Sozialforums“ am
Dienstag, den 3. Februar 2004 um 19.00 Uhr im IG-Metall-Saal, Friedrichstraße 7**

teilzunehmen.

Ziel ist es, die Interessen der sozial Benachteiligten besser zum Ausdruck zu bringen, in einen Rahmen mit lokalen, regionalen, bundesweiten und europaweiten Aktionen zu stellen, die am 3. April 2004 in vielen Regionen Europas geplant sind, und für eine gerechtere Welt für alle Menschen einzutreten.

attac Regionalgruppe Erlangen

c/o Dritte Welt Laden, Neustädter Kirchenplatz 7, 91054 Erlangen

++++
++++

1. Diskussionspapier attac Regionalgruppe Erlangen

Aktionen gegen Sozialabbau – Diskussionspapier von attac Erlangen

Rot/Grün/Gelb/Schwarz betreiben unter Federführung der Bundesregierung das gigantischste Verarmungsprogramm, das dieses Land je gesehen hat.

Die Argumente, warum wir uns keine solidarische Gesellschaft mehr leisten können, zielen letztlich immer auf den Standort Deutschlands im internationalen globalen Wettbewerb. Wir sollen stromlinienförmig, funktionstüchtig und effektiv dem Mega-Unternehmen BRD einen Spitzenplatz im Giga-Unternehmen ERDE sichern.

Im Zuge der Globalisierung werden nationale Grenzen und Schutzgesetze für den Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr weitgehend außer Kraft gesetzt. Im direkten Konkurrenzkampf stehen die Unternehmen unter gnadenlosem Druck, ihre Profite zu

steigern.

Das kann nur gelingen, wenn massiv Kosten gesenkt werden in Form von Rationalisierungen, Lohndumping und Massenentlassungen. Wachsende Erwerbslosigkeit und Lohnsenkungen führen aber direkt zum Abbau unserer lohnfinanzierten Sozialsysteme.

Steuerflucht von und Steuergeschenke an Unternehmen und Reiche sind ebenfalls Maßnahmen zur Seigerung des Profites. Der Standort Deutschland, so heißt es, müsse um jeden Preis erhalten werden. Die Folgen sind hochverschuldete Städte und Kommunen, die ihre Dienstleistungen runterschrauben zu Lasten aller, vor allem der sozial Schwachen. Zudem fordert neuer Profit neue Märkte gerade die Privatisierung der noch öffentlichen Sozialsysteme verspricht Milliarden Gewinne.

Die neoliberale Politik ist international. Den Entwicklungsländern wird sie seit 15 Jahren unter der Parole der Strukturanpassung aufgezwungen. Angeblich sollen sich Wohlstand und Sicherheit ausbreiten. Was sich aber ausbreitet, sind die Zustände der so genannten dritten Welt.

Die Menschen in den arm gemachten Ländern können uns ein Lied singen von der Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge. Von der Zerstörung lokaler Märkte und Infrastrukturen. Von der Auflösung kultureller Vielfalt und von der Übernahme des Wettbewerbsdenkens in alle, auch zwischenmenschliche Bereiche. Ein zorniges Lied von der immer größer werdenden Kluft zu einer kleinen, reichen Oberschicht.

2010, Hartz, Herzog, Rürup und Co. sind nichts weiter als Strukturanpassungsprogramme auf deutsch. Durchgeboxt von der rot-schwarz-grün-gelben Neoliberalen Einheitspartei Deutschlands. Die VerliererInnen sind Kinder, Alte, Kranke, Erwerbslose, MigrantInnen alle diejenigen, die ihre Arbeitskraft nicht gewinnbringend zu Märkte tragen können, also angewiesen sind auf öffentliche Sozialsysteme.

Und wer fängt die Bedürftigen auf, die durch das immer großmaschigere Netz fallen? Es sind die Frauen, die die wegbrechende staatliche Fürsorge auszugleichen haben. Abgedrängt in die Rolle der kostenlosen Kinder-, Alten- und Krankenpflegerin. In die Rolle der schlecht bezahlten Hinzuverdienerin. Auf Kosten ihrer eigenen Daseinsvorsorge, auf Kosten aller emanzipatorischen Errungenschaften.

Wenn Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengelegt werden, dann der Verdienst des Partners angerechnet wird, verlieren zig tausende von Frauen ihre finanzielle Unabhängigkeit. Zudem sind es vor allem Frauen, die in flexibilisierten, wenig gesicherten Arbeitsverhältnissen stehen.

Die sicheren Arbeitsplätze gerade für Frauen gibt es im öffentlichen Sektor. Die so genannten Reformen zerstören aber genau diesen Bereich. Die Folgen sind Verunsicherung aller Arbeits- und Lebensverhältnisse. Prekäre Beschäftigung und Minijobs werden im Zuge der Globalisierung auch auf die männlichen Durchschnittsverdiener ausgedehnt. Diese Senkung des Lebensstandards der Mehrheit der Bevölkerung ist das Ziel der „Reformen“, um die Profite zu steigern.

Die neoliberale Politik ist international und angeblich alternativlos. Aber Politik ist menschengemacht das heißt, sie kann verändert werden. Es ist möglich, für ein gutes Leben für alle zu wirtschaften. Noch nie gab es so viel Reichtum wie heute. Es ist genug für alle da.

Jeder Mensch hat ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum. Das muss sich niemand verdienen, das ist Menschenrecht. Die Menschen hier und weltweit haben die Nase voll von der Propaganda im Dienste der Profitsteigerung.

Sie haben die Nase voll von Strukturen, die Kriege fördern und milliardenfache Ausbeutung hervorbringen. Überall auf der Welt gibt es Menschen, die dem etwas entgegensetzen. Überall bilden sich Sozialforen, vernetzen sich Bewegungen und nehmen Menschen ihr Schicksal in die eigene Hand.

++++
++++

2. Aufruf einer bundesweiten Aktionskonferenz am 13.12. in Frankfurt am Main

(Eingeladen hatte das Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne) Anwesend waren über 100 Personen)

Anwesend waren Vertreter/innen der Bündnisse aus Rhein-Main, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Weser-Ems, Bündnissen gegen Sozialabbau aus NRW (Bochum,

Gelsenkirchen, Hagen, Dortmund, Essen, Lippe-Detmold), Niedersachsen (Hannover, Göttingen), Hessen (Frankfurt, Kassel), Bayern (Aschaffenburg, München), Rheinland-Baden-Württemberg (Offenburg), Bremen u.s.w. sowie Vertreter/innen der Gewerkschaftslinken, PDS, DKP, KPD, RSB, MLPD, Rebell, attac, SAV, Linksruck, der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen Bielefeld und der "bundesweiten Demovorbereitungsgruppe", die bislang in Hannover getagt hatte.

Lokal, regional, national und international

Alle gemeinsam gegen Sozial- und Lohnabbau!

Über 100.000 Menschen demonstrierten am 1.11.2003 in Berlin gegen die Agenda 2010 und den weiteren Sozialkahlschlag der Schröder/Fischer-Regierung und der großen Koalition der Sozialräuber. Arbeiter/innen, Angestellte, Jugendliche, Erwerbslose, Sozialhilfebezieher/innen, Rentner/innen und andere gingen gemeinsam selbstbewusst auf die Straße. Oft war zu hören „Wir sind das Volk!“. Die von der Basis in zahlreichen Großbetrieben und an den Orten organisierte Großdemonstration ist ein ermutigendes Signal, den Widerstand bundesweit zu verstärken und zu organisieren.

Die Große Koalition in Berlin hat die Agenda 2010 beschlossen. Weitere Verschlechterungen sind bereits angekündigt! **Damit wollen und werden wir uns nicht abfinden!**

Sozialabbau zielt auf Lohnabbau

Ein Kernstück der Agenda 2010 ist die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe. Das neue Arbeitslosengeld II liegt unter dem bisherigen Niveau der Sozialhilfe. 2 1/2 Millionen Arbeitslosen ist es jetzt zumutbar, für etwa 600 Euro netto und weniger zu arbeiten und "Gemeinnützige Arbeit" bei den Kommunen zu machen.

Kürzungen bei Arbeitslosen und bei Sozialhilfe bringen das Tarifsystem von unten zum Einsturz. Sie treffen alle Lohnabhängigen. Die Versuche der Arbeitgeber, die Tarifverträge durch betriebliche "Bündnisse" außer Kraft zu setzen, zielen in dieselbe Richtung. Die Arbeitgeberverbände streben die Senkung aller Löhne um mindestens 10 -15% und die Senkung der unteren Löhne um 30% an. Deshalb fordern sie auch eine weitere Kürzung der Sozialhilfe um 25 - 50%! Weniger Lohn - mehr Profit!

Wir fordern:

**** Gesetzliche Mindestlöhne, deutlich oberhalb der Armutsgrenze

**** Ausreichende Grundsicherung für alle Erwerbslosen - ohne Bedürftigkeitsprüfung!

Senkung der "Lohnnebenkosten" bedeutet Lohnsenkungen

Die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung sollen sinken, damit die Profite steigen. Wir dagegen sollen aus unseren Löhnen mehr zuzahlen und uns mehr privat versichern. Mit der Agenda 2010 sollen die gesetzlichen **Renten** bis 2030 um etwa ein Drittel gekürzt werden. Massenhafte Altersarmut ist die Folge. In Zukunft sollen die Altersrenten überwiegend aus kapitalgedeckten privaten Versicherungen stammen.

Die Agenda 2010 streicht oder kürzt weitere Leistungen der **Krankenversicherung**. Auch das sind Lohnsenkungen. Die Arbeitgeberverbände wollen die kostenlose Familienversicherung abschaffen. Sie soll durch staatliche subventionierte Kopfpauschalen von etwa 200 Euro für jeden Haushaltsangehörigen ersetzt werden. Das wären massive Beitragserhöhungen vor allem für Bezieher unterer Einkommen.

Wir fordern:

****Massiver Ausbau der Sozialversicherungen - auf Kosten der Profite!

****Massiver Abbau staatlich subventionierter Privatversicherungen!

****Senkung des Renteneintrittsalters auf 60 - ohne Abschläge!

Senkung der Gewinnsteuern führt zu Sozial-, Lohn- und Bildungsabbau

Die Behauptung, es sei kein Geld da, ist eine große Lüge! Vor allem die großen Konzerne zahlen immer weniger Steuern! Die Senkung des Körperschaftssteuersatzes von 40% auf 25% spülte den Kapitalgesellschaften seit 2001 rd. 50 Mrd. Euro in die Kassen. Die zusätzlichen Unternehmensgewinne wurden überwiegend in Finanzanlagen im Ausland angelegt. Um die Gewinnsteuersenkungen zu finanzieren, streichen alle Regierungsparteien in Bund, Ländern und Gemeinden bei Schulen und Hochschulen, sozialen Einrichtungen, Schwimmbädern und Bibliotheken, bei Wohnungsbau und öffentlichem Nahverkehr. Sie verlangen überall höhere Gebühren, z.B. bei Hochschulen und Kinderbetreuung. Den Familien werden immer mehr Lasten aufgebürdet, was vor allem auf Kosten der Frauen geht! Das Kapital aber verlangt weitere erhebliche Senkungen der Gewinnsteuern.

Wir fordern:

****Rücknahme aller Senkungen der Gewinnsteuern!

****Rücknahme der Abschaffung der Vermögenssteuer!

Wir sehen auch nicht ein, dass wir immer länger arbeiten sollen, obwohl unsere Produktivität und der erwirtschaftete Reichtum dank der technologischen Revolution rasant steigen. Arbeitszeitverlängerung auf 40 Stunden führt zur weiteren Arbeitsplatzvernichtung und bedeutet massiven Lohnabbau!

Wir fordern:

****30 Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich!

Aber die Globalisierung !?

Angeblich muss uns schlechter gehen, damit Deutschland im internationalen Wettbewerb bestehen kann. Alle Regierungschefs der EU erzählen in ihren Ländern dasselbe. Sie haben 2000 in Lissabon beschlossen, Löhne und Sozialleistungen so stark abzubauen, dass sie bis 2010 die USA als mächtigsten Wirtschaftsraum abgelöst haben. Deshalb Agenda 2010. Die USA, Japan, China und Russland werden entsprechend dagegengehalten.

Wir wollen keinen globalen Wettbewerb um die niedrigsten Löhne, die geringsten Renten, die schlechteste Krankenversorgung, die längsten Arbeitszeiten und die miserabelste öffentliche Infrastruktur.

Wir sehen keine Zukunft im internationalen Lohn- und Sozialdumping, sondern im internationalen Zusammenschluss und gemeinsamen Aktionen der Arbeitenden und Erwerbslosen, der Rentner/innen, der Schüler/innen und Studierenden aller Nationalitäten.

Sich zusammenschließen!

Wir wollen den Sozial- und Lohnabbau nicht sozialverträglich mitgestalten, wie es bei der

DGB-Führung üblich ist. Wir lehnen ihn ab. Wir lehnen es auch ab, die SPD/Grünen-Bundesregierung als angeblich kleineres Übel zu schonen. Was diese nicht gegen uns durchsetzen kann, wird auch eine CDU/CSU-Regierung nicht durchsetzen können. Wir unterstützen lokale und regionale Aktionen, gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen und selbständige politische Streiks in den Betrieben, Vorlesungs- und Unterrichtsboykotts an Universitäten und Schulen und Maßnahmen zur internationalen Koordinierung mit dem Widerstand gegen Sozial-, Lohn- und Bildungsabbau in anderen Ländern. Die Proteste müssen untermauert werden durch Gegeninformation und Praktiken der kollektiven Verweigerung und des Einforderns individueller Rechte. Wir streben eine noch machtvollere bundesweite Großdemonstration an als die vom 1.11.

Das gemeinsame Ziel muss sein:

Treten wir der Umsetzung von Hartz und Agenda 2010 entgegen, wehren wir weitere Angriffe ab, setzen wir eigene Forderungen durch!

Auf dieser Grundlage rufen wir auf:

******Bildet überall örtliche und regionale Foren und Bündnisse, die sich regelmäßig treffen!**

******Beteiligt Euch an einem dezentralen Aktionstag gegen Sozialabbau am 14.Februar 2004!**

******Unterstützt und beteiligt Euch am Internationalen Frauentag am 8.März 2004!**

******Unterstützt einen europäischen Aktionstag gegen Sozialabbau Anfang April 2004!**

Dieser Aufruf ist auf einer bundesweiten Aktionskonferenz am 13.12. in Frankfurt am Main diskutiert und inhaltlich beschlossen worden!